

RÜCKBLICK 2011

Kampf um den Wald

Von Alexandra Ringendahl, 26.12.11, 13:19h

Die Erweiterung des Phantasialands war auch in diesem Jahr wieder ein politischer Dauerbrenner: Nach achtjähriger Debatte und vielen Verzögerungen brachte der Regionalrat das Verfahren auf den Weg.



Die Erweiterung des Phantasialands ist weiter heftig umstritten. Das Umweltministerium will dafür keinen Staatswald verkaufen. (Bild: Beissel)

BRÜHLCDU, SPD, FDP und Freie Wähler votierten für den Erarbeitungsbeschluss für die Westalternative D. Diese auch von der Bezirksregierung vorgeschlagene Variante sieht eine Erweiterung des Freizeitparks in zwei Schritten um insgesamt 28 Hektar vor. Damit verbunden wäre die Rodung von 20 Hektar Staatswald. Im ersten Schritt sollen eine kleine Fläche im Osten und das 13 Hektar große Naturschutzdreieck Ententeich an der A 553 bebaut werden. Im zweiten Schritt sollen zehn Hektar Wald im Landschaftsschutzgebiet westlich der Landstraße 194 folgen. Seit November ist das Beteiligungsverfahren eröffnet. Interessierte Bürger

können vom 9. Januar bis 10. Februar zu den Plänen Position beziehen. In dieser Zeit werden die Unterlagen beim Rhein-Erft-Kreis, bei der Bezirksregierung Köln und bei der Stadt Brühl ausliegen.

Klares Nein

Die Realisierung der Erweiterungspläne scheint aber in den nächsten Jahren nicht möglich, weil Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) dafür dem Verkauf von Staatswald zustimmen müsste. Dies hat er aber unter Verweis auf den Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Daher wollten CDU, SPD und FDP mit einem Antrag auf Waldtausch zwischen Staatswald und privatem Wald Bewegung in die Debatte bringen. Die vom Phantasialand angebotene private Waldfläche sollte größer sein als die geopfert Staatswaldfläche. Dazu kam allerdings schon im Vorfeld der Regionalratsentscheidung aus dem Umweltministerium in Düsseldorf ein klares Nein. Trotzdem gaben sich die Vertreter der Mehrheit im Regionalrat optimistisch. Das Ergebnis des Verfahrens werde dem Phantasialand und der Stadt nach langer Diskussion endlich Planungssicherheit geben, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Götz. Rot-Grün sei schließlich nicht „auf ewig gewählt“. Bis zur Erweiterung werde ohnehin noch viel Zeit vergehen, da könne man auf aktuelle Koalitionsaussagen keine Rücksicht nehmen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Joachim Bubacz attestierte dem Unternehmen gar ein „Recht auf Expansion“. Zumal der Eingriff in die Natur ausgleichbar sei.

Die Grünen hatten zuvor einen Kompromissantrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand. Dieser sah eine Beschränkung der Ausdehnung auf den ersten Erweiterungsabschnitt von 18 Hektar vor. Dem dafür erforderlichen Waldtausch wollten sie zustimmen, wenn für immer auf eine Erweiterung jenseits der

Landstraße verzichtet werde. Der Fraktionschef der Grünen, Rolf Beu, sprach von einer „ausgestreckten Hand“ und dem weitestgehenden Kompromissangebot, das die Grünen machen könnten. Aufgrund der engen Abstimmung der Grünen mit dem NRW-Umweltministerium war davon auszugehen, dass dieser Kompromiss auch von Rammel mitgetragen würde. Umweltverbände und Bürgerinitiativen kündigten ihren Protest an, da das Verfahren aus ihrer Sicht einseitig auf die Expansion eines Unternehmens ausgerichtet sei. Der Lärmschutzverein „Bovivo“ erklärte, gegen die drohende Lärmbelästigung der Bürger in Richtung Osten notfalls mit einer Klage zu kämpfen.

<http://www.rhein-erft-online.ksta.de/jreo/artikel.jsp?id=1324377088475>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.